

Zuständiges Dezernat/Amt: III/Amt für Finanzen und Teilnehmungsmanagement

- Beschlussvorlage
 Berichtsvorlage
 öffentliche Sitzung
 nichtöffentliche Sitzung

Beratungsfolge:

Datum:

- | | | |
|--|--|-------------------|
| <input type="checkbox"/> Fachausschuss | _____ | _____ |
| <input checked="" type="checkbox"/> Fachausschuss | <u>Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung</u> | <u>04.09.2012</u> |
| <input checked="" type="checkbox"/> Kreisausschuss | _____ | <u>11.09.2012</u> |
| <input checked="" type="checkbox"/> Kreistag | _____ | <u>19.09.2012</u> |

Inhalt:

Ergänzung des Teilnehmungsberichtes des Landkreises Uckermark zum Stichtag 31.12.2011

Wenn Kosten entstehen:

Kosten	€	Produktkonto	Haushaltsjahr	<input type="checkbox"/> Mittel stehen zur Verfügung
<input type="checkbox"/> Mittel stehen nicht zur Verfügung		Deckungsvorschlag:		
<input type="checkbox"/> Mittel stehen nur in folgender Höhe zur Verfügung:	€			

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag nimmt die Ergänzungen zum Teilnehmungsbericht des Landkreises Uckermark zum Stichtag 31.12.2011 (DS-Nr. 64/2012) zur Kenntnis.

Dietmar Schulze

Landrat

Bernd Brandenburg

Beigeordnete/r

Beratungsergebnis:

Kreistag/Ausschuss	Datum	Stimmen		Stimm-enthaltung	Einstimmig	Lt. Beschluss-vorschlag	Abweichender Beschluss (s. beiliegendes Formblatt)
		Ja	Nein				
FRA	04.09.12						
Kreisausschuss	11.09.12						
Kreistag	19.09.12						

Begründung:

Zum Zeitpunkt des v. g. Beteiligungsberichtes 2011 (DS-Nr. 64/2012) lagen die Berichtsdaten der Beteiligungsunternehmen GLG mbH, VBB GmbH und URG mbH noch nicht vor.

Die entsprechenden Materialien sollten nachgereicht werden.

Inzwischen wurden die geprüften Jahresabschlüsse der VBB GmbH und der GLG mbH durch die zuständigen Gremien beschlossen.

Ergänzt werden:

Punkt 2.2 VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (incl. Unterpunkte 2.2.2 - 2.2.7.2)

Punkt 2.5 Gesellschaft für Leben und Gesundheit mbH (incl. Unterpunkte 2.5.2 – 2.5.7.2)

Als Anlage sind die Ausführungen der VBB GmbH und der GLG mbH zum Beteiligungsbericht 2011 vom Stand Juni 2012 beigefügt.



**Beteiligungsbericht - Ergänzung
des
Landkreises Uckermark
zum Stichtag 31.12.2011**

Prenzlau, Juli 2012

Inhaltsverzeichnis

2.2	VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg	4
2.2.2	Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)	4
2.2.3	Verkürzter Lagebericht zum 31.12.2011 (§ 61 Nr. 2 KomHKV)	5
2.2.3.1	Geschäft und Rahmenbedingungen	5
2.2.3.2	Ertragslage	9
2.2.3.3	Finanzlage	9
2.2.3.4	Vermögenslage, Kapitalstruktur, Kapitalausstattung	9
2.2.3.5	Chancen- und Risikomanagement	10
2.2.3.6	Prognose	12
2.2.4	Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens (§ 61 Nr. 3 KomHKV)	12
2.2.4.1	Wirtschaftsplan 2012 in TEUR	12
2.2.4.2	Prognose	12
2.2.5	Leistungs- und Finanzbeziehungen mit der Gemeinde zum Stand 31.12.2011 (§ 61 Nr. 4 KomHKV)	13
2.2.5.1	Kapitalzuführungen und –entnahmen	13
2.2.5.2	Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	13
2.2.5.3	gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	14
2.2.5.4	sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar ausgewirkt haben	14
2.2.5.5	Leistungen und Finanzbeziehungen mit anderen Beteiligungen zum Stand 31.12.2011	14
2.2.6	Wirtschaftsprüfung	14
2.2.6.1	Abschlussprüfer	14
2.2.6.2	Ergebnis der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung	15
2.2.6.3	Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Fehlbetrages	15
2.2.6.4	Testat	15
2.2.7	Weitere Informationen	16
2.2.7.1	Bilanz	16
2.2.7.2	Gewinn- und Verlustrechnung	16
2.5	Gesellschaft für Leben und Gesundheit mbH	17
2.5.2	Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)	17
2.5.3	Verkürzter Lagebericht zum 31.12.2011 (§ 61 Nr. 2 KomHKV)	18
2.5.3.1	Geschäft und Rahmenbedingungen	18
2.5.3.2	Ertragslage	20
2.5.3.3	Finanzlage	20
2.5.3.4	Vermögenslage	20
2.5.3.5	Risiko- und Prognosebericht	21
2.5.4	Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens (§ 61 Nr. 3 KomHKV)	21
2.5.4.1	Wirtschaftsplan 2012 in TEUR	21
2.5.4.2	Risikobericht	21
2.5.4.3	Prognosebericht	22
2.5.5	Leistungs- und Finanzbeziehungen mit der Gemeinde zum Stand 31.12.2011 (§ 61 Nr. 4 KomHKV)	23
2.5.5.1	Kapitalzuführungen und –entnahmen	23
2.5.5.2	Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	24
2.5.5.3	gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	24
2.5.5.4	sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar ausgewirkt haben	24
2.5.5.5	Leistungen und Finanzbeziehungen mit anderen Beteiligungen zum Stand 31.12.2011	24
2.5.6	Wirtschaftsprüfung	24
2.5.6.1	Abschlussprüfer	24
2.5.6.2	Ergebnis der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung	24
2.5.6.3	Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Fehlbetrages	25
2.5.6.4	Testat	25

2.5.7	Weitere Informationen	26
2.5.7.1	Bilanz	26
2.5.7.2	Gewinn- und Verlustrechnung	26

2.2 VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg



2.2.2 Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

Kennzahlen im 3-Jahresvergleich			
	2011	2010	2009
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a)			
Anlagenintensität	7%	7%	8%
Verbindlichkeitsquote	63%	57%	60%
Eigenkapitalquote	6%	6%	7%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b)			
Anlagendeckung I	84%	88%	87%
Zinsaufwandsquote	2%	3%	0%
Abschreibungsaufwandsquote	21%	18%	11%
Liquidität II. Grades	88%	93%	99%
Cash Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	-14.000	268.000	949.000
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c)			
Gesamrentabilität	2%	1%	1%
Eigenkapitalrentabilität	0%	0%	0%
Kostendeckungsgrad	100%	100%	100%
Umsatz	683.543	1.119.808	985.042
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0	0	0
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d)			
Personalaufwandsquote	700%	451%	435%
Personalintensität	38%	42%	42%
Anzahl der Mitarbeiter	93	97	88

2.2.3 Verkürzter Lagebericht zum 31.12.2011 (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

2.2.3.1 Geschäft und Rahmenbedingungen

Der Lagebericht beschränkt sich auf die Meilensteine des Geschäftsjahres 2011. Kleinere, wenngleich nicht minder wichtige Arbeiten, finden im Folgenden keine Berücksichtigung.

Grundsätzliches:

Das Geschäftsjahr 2011 der VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH war von intensiver, erfolgreicher Sacharbeit in einem weiterhin unruhigen Marktumfeld geprägt. Wichtigste Herausforderungen waren einmal die Krise bei der S-Bahn Berlin GmbH, der neue Fahrplan mit besonderer Berücksichtigung sowohl der Grunewald-Sperrung als auch der Anbindung des Flughafens Berlin Brandenburg Willy-Brandt und verschiedene Ausschreibungen im Schienenpersonennahverkehr.

Strukturell hat sich die GmbH den Arbeitsschwerpunkten entsprechend angepasst. Im Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement wurde die bisherige Dreier-Struktur um eine Abteilung themengerecht weiterentwickelt. Der Bereich gliedert sich fortan in die Abteilungen „Vertragscontrolling“, „Vergabe“, „Angebot und Infrastruktur“ sowie „S-Bahn und Qualität“.

Klassische Verbundaufgaben:

Die Tarifierung zum 1. Januar 2011 wurde erfolgreich umgesetzt. Nach umfangreichen Abstimmungen konnte auch die Tarifierung der Semestertickets einvernehmlich abgeschlossen werden. Die Einnahmen im VBB-Tarif stiegen mit Verzögerungen an, jedoch mit regionalen Unterschieden. Das Tarifangebot „10-Euro-Ticket Berlin-Stettin“ und die zugehörige Marketingkampagne haben zu einer Erhöhung der Fahrgastzahlen geführt.

Der VBB-Aufsichtsrat hat per Umlaufbeschluss ein ermäßigtes Schülerticket für den Tarifteilbereich Berlin AB beschlossen. Es gilt seit August.

Das Schülerferienticket 2011 wurde 14.909 Mal verkauft, was einer Steigerung von 5,6 Prozent (+8,9 Prozent bei den Einnahmen) gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Die Fahrgastzahlen stiegen 2011 insgesamt auf ein Rekordhoch. Auch die Zahl der Pendler zwischen Berlin und Brandenburg stieg weiter – in beide Richtungen. Die Region wächst weiter zusammen.

Gemeinsam mit einem Gutachter erstellte die VBB GmbH eine Machbarkeitsstudie für ein verbundweites Schülerticket. Angesichts der extrem differierenden Gegebenheiten in Berlin, den Landkreisen und den kreisfreien Städten Brandenburgs gibt es den Wunsch nach einer einheitlichen Lösung für die Fahrgäste von morgen: Je früher die jungen Leute an das ÖPNV-System herangeführt werden, desto eher kann der Trend verstärkt werden, dass diese zunehmend auf einen Führerschein bzw. die Autonutzung verzichten. Die Arbeiten werden im Folgejahr konkretisiert.

Mit den Ländern wurde abgestimmt, den Bordpreis im Regionalverkehr zukünftig nicht mehr zu erheben und aus dem VBB-Tarif zu streichen.

In der Einnahmenaufteilung konnte das Jahr 2008 abgeschlossen werden. Die Abrechnung für das Jahr 2009 wurde noch 2011 vom Beirat der Verkehrsunternehmen beschlossen; der Zahlungsausgleich fand Anfang 2012 statt.

Die Wegeplausibilisierung für die Verkehrserhebung 2010 ist weitgehend abgeschlossen. Die VBB GmbH bereitet zusammen mit den Verkehrsunternehmen die Leistungsbeschreibung für die Verkehrserhebung 2013 (Gutachter VBB) vor.

Das Berichtswesen nach EU-Verordnung 1370/2007 für 2010 wurde in die Qualitätsbilanz 2010 integriert und Ende Juli 2011 vom VBB veröffentlicht. In dieser Aufstellung befinden sich darüber hinaus einige Leistungsdaten für die Berliner Verkehrsbetriebe.

Die Summe der Abrufe („downloads“) der Fahrinfo-Anwendungen („Apps“) für internetfähige Mobiltelefone liegt Ende 2011 bei rund 150.000.

Die Touristen-Information Berlin-Brandenburg am Flughafen Schönefeld konnte nochmals zunehmende Akzeptanz, besonders bei ausländischen Touristen, gewinnen.

Parallel zum Fahrplanwechsel wurde durch die VBB ein verkehrliches Anbindungs- und Kommunikationskonzept für den Flughafen Berlin-Brandenburg (BER) erstellt. Die Flughafenanbindung entspricht internationalen Maßstäben und stellt ein gutes verkehrliches Angebot sicher. Offen waren zum 31. Dezember 2011 noch die Abstimmung zu den dynamischen Busanzeigern und der Bau der Haltestellenmöblierung.

Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement:

Die Situation bei der S-Bahn Berlin GmbH ist im dritten Jahr der Krise unverändert kritisch, die niedrige Kundenzufriedenheit zieht fortwährend Vertragsstrafen nach sich. Die vertraglich vereinbarte Anzahl der Viertelzüge konnte zu keinem Zeitpunkt angeboten werden, Anfang des Jahres wurde weiterhin ein 60 km/h-Fahrplan statt der bisher 80 km/h angeboten – eine Option, die auch im Winter 2011/2012 einen festen Platz in der Rückfallebene der S-Bahn-Planungen einnahm. Die Fahrzeuge sind für 100 km/h ausgelegt. Konkrete Aussagen zu weiteren Hochfahrstufen und zur Wiederherstellung des vertragsgemäßen Zustandes des Verkehrsangebotes kann die S-Bahn Berlin GmbH weiterhin nicht tätigen. Hinzu kamen neue Fahrzeugprobleme bei der Baureihe 480 sowie – vor allem zum Ende des Jahres – ein krankheitsbedingtes Reißen der viel zu dünnen Personaldecke mit der Folge, dass betriebsbereite Fahrzeuge im Depot bleiben mussten. Die VBB GmbH begleitete die Neuausrichtung der Berliner S-Bahn konstruktiv und lieferte wichtige Zuarbeiten für die Zukunftsentscheidung über das S-Bahn-System. Im Auftrag der Länder wurden alle Vorbereitungen für eine zügige Ausschreibung eines Teilnetzes durch die VBB GmbH getroffen.

Die SPNV-Unternehmen, die Leistungen nach Ausschreibungsverfahren gewonnen haben, erhalten sogenannte Bruttoanreizverträge. Das Einnahmenrisiko liegt bei diesen Bruttoanreizverträgen bei den Ländern. Die Sicherung der Einnahmen liegt

somit im Interesse der Länder. Die VBB GmbH begleitet den Prozess seit Jahren im Dienste der Länder. Das Controlling und die Abrechnung der Bruttoanreizverträge sind wesentliche Aufgaben im Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement. So konnten 2011 u. a. die Schlussabrechnungen mit der OLA für 2008 und der ODEG (OE 35 und Netz Spree-Neiße) für 2009 abgeschlossen werden. Bei den übrigen Verkehrsverträgen wurden die Daten zur Leistung und Qualität überprüft und ausgewertet sowie vorbereitende Arbeiten zur Erstellung der Schlussabrechnungen durchgeführt.

Der Fahrplanwechsel im Dezember 2011 ist gekennzeichnet von erheblichen Verbesserungen für den Verbundverkehr. Infolge der positiven Effekte der wettbewerblichen Vergabe des Netzes Stadtbahn erhöht sich das Angebot der Regionalverkehrs-Zugkilometer von 36,5 Millionen (2011) auf 38,8 Millionen. Weitere Eckpunkte sind die Inbetriebnahme der Ausbaustrecke Berlin-Cottbus (160 km/h), die Inbetriebnahme des Flughafens Berlin Brandenburg am 3. Juni 2012, die großen Baumaßnahmen (Grünwaldsperrung, Umleiterkonzept) sowie weitere Angebotsverbesserungen im gesamten Netz. Anfang September 2011 haben bereits die Planungen und Abstimmungen zum Fahrplan 2013 begonnen.

Die Phase der Verhandlungen bei der wettbewerblichen Vergabe des Netzes Nord-Süd ist mittlerweile abgeschlossen. Eine vorläufige Vergabeempfehlung wurde ausgesprochen.

Die Vorbereitungen zur Durchführung des Vergabeverfahrens für das Netz Ostbrandenburg sind abgeschlossen. Das Verfahren wurde im Auftrag der Länder eröffnet.

Im Auftrag des Landes Brandenburg unterstützt die VBB GmbH dieses beim SPNV-Infrastrukturmanagement. Bei vielen Investitionsprojekten der DB Netz AG werden die Interessen des Landes und vor allem der Fahrgäste nur bedingt berücksichtigt. Häufig werden seitens des DB-Konzerns die Rationalisierungsüberlegungen in den Mittelpunkt gestellt. Durch punktgenaue Arbeiten der VBB GmbH konnten bereits einige Erfolge (z. B. Bad Saarow Klinikum, Westkopf Bahnhof Pritzwalk) im Bereich des Infrastrukturmanagements erreicht werden.

Das Thema grenzüberschreitende Verkehre von und nach Polen bleibt für den Verbundverkehr wichtig und wird im Zuge der BER-Eröffnung weiter in seiner Relevanz zunehmen. Die VBB GmbH analysierte die Situation in einem zweisprachigen Weißbuch, gab – gestützt durch eine Nutzen-Kosten-Analyse der Universität Stettin – konkrete Handlungsempfehlungen ab und entwickelte eine Zukunftsvision für alle Strecken. Im Rahmen des Runden Tisches Verkehr wurde die VBB GmbH damit beauftragt, für die Zeit von 2011 bis 2013 das Gremium zweimal pro Jahr als Informations- und Diskussionsgremium und einmal pro Jahr als Entscheidungsgremium inhaltlich und organisatorisch vorzubereiten.

Im Regionalverkehr sind die Kundenzufriedenheitsbefragungen zur Qualität der Verkehrsleistung und Bahnhöfe durchgeführt und ausgewertet worden.

Auf der Jahresveranstaltung Qualität wurden die Arbeit der VBB-QualitätsScouts gewürdigt und die aktuellen ÖPNV-Entwicklungen im Bereich Qualität vorgestellt.

Für den Bus&Bahn-Begleitservice standen im Dezember 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung, so dass zunächst wieder der ursprüngliche Serviceumfang angeboten werden konnte. Die Kundennachfrage und -akzeptanz ist weiterhin sehr hoch. Die Entscheidung über eine Fortführung des Dienstes steht aus.

Forschungsprojekt:

Das Forschungsprojekt INNOS-HGS wurde in den wesentlichen Punkten am 30. Juli 2011 abgeschlossen. Eine Verlängerung des Projektes bis zum 31.03.2012 betrifft den Teilbereich „Regionale Vermittlungsstelle“.

Die Karte für den elektronischen Fahrschein soll laut Beschluss des Aufsichtsrats der VBB GmbH „VBB-fahrCard“ heißen.

Im Teilprojekt INNOS-Start-VBB-1 erhalten die Verkehrsunternehmen in den Tarifbereichen Berlin ABC, Potsdam ABC, Brandenburg a. d. H. ABC und Frankfurt (Oder) AB Kontroll- und Vertriebstechnik zur Ausgabe und Prüfung von elektronischen Tickets. Erste VBB-fahrCards wurden ab dem 1. September 2011 an Stammkunden ausgegeben. Nach der Streichung der Bundesmittel für die zweite Förderbekanntmachung zum eTicket Deutschland wurde das Teilprojekt INNOS-Start-VBB-2 in zwei Teile aufgespalten. Das Teilprojekt INNOS-Start-VBB-2a wird die Ausstattung des restlichen Verbundgebiets mit Ausgabe- und Kontrolltechnik beinhalten sowie die Konzeption und Implementierung eines Produktverantwortlichensystems. Die Finanzierung wird durch die beiden Länder sichergestellt. Das Teilprojekt INNOS-Start-VBB-2b, dessen Start für das Jahr 2014 geplant ist, wird die weitere Vervollständigung des Systems umfassen. Diese soll im Wesentlichen den Kundenkomfort erhöhen. Bestandteile sind unter anderem: Ein Pilotbetrieb mit Semestertickets an ausgewählten Hochschulen, der Aufbau eines Onlinevertriebssystems, mit dem die Kunden via Internet Verträge verwalten und Produkte erwerben können, sowie die Einführung von Aktionslisten, mit denen z. B. die im Internet gebuchten Produkte an Automaten oder im Bus auf die Chipkarte geladen werden können.

Hier wird auch eine Beteiligung der kommunalen Gesellschafter bzw. der Verkehrsunternehmen angestrebt.

Das Produkt Caprice wurde erfolgreich abgeschlossen.

Bei den übrigen Produkten wurden große Fortschritte gemacht.

Geschäftsbetrieb der VBB GmbH:

Der Aufsichtsrat legte mit seinem Beschluss in der Dezembersitzung die Grundlagen für die Verlängerung des Mietvertrages in den Räumlichkeiten am Berliner Hardenbergplatz 2.

Mit Beschluss des Aufsichtsrates zum Wirtschaftsplan 2012 wurde die Grundlage für die Entfristung von acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geschaffen, um das jeweilige Fachwissen um Unternehmen halten zu können.

QM-Zertifizierungsaudit: Die VBB GmbH wurde im Rahmen der ISO 9001:2008 im April 2011 erneut erfolgreich zertifiziert. Das Zertifikat gilt bis zum 14.11.2013.

2.2.3.2 Ertragslage

Die Ertragslage nahm 2011 zu und verbesserte sich auf 13.061 TEUR. Diese Erhöhung ist in den höheren Gesellschaftsbeiträgen (+ 535 TEUR) und in den höheren Einnahmen aus Kooperationen (+ 540 TEUR) begründet. Die Erlöse und Einnahmen aus Akquiseprojekten sind rückläufig (- 569 TEUR).

2.2.3.3 Finanzlage

Die Kapitalstruktur der VBB GmbH ist von einem stabilen hohen Anteil an Gesellschaftermitteln gekennzeichnet. Das Fremdkapital ist jeweils durch die ausgewiesenen liquiden Mittel finanziert. Die Bilanzpositionen auf der Passivseite entwickeln sich wie folgt:

Kapitalposition	2008 T Euro	Anteil in %	2009 T Euro	Anteil in %	2010 T Euro	Anteil in %	2011 T Euro	Anteil in %
Eigenkapital	324	10	324	7	324	6	324	6
- Stammkapital	324	10	324	7	324	6	324	6
Fremdkapital	3.054	91	4263	93	4.909	94	5.003	94
- Sonderposten *)	367	11	362	8	360	7	375	7
- Rückstellungen	931	28	1.145	25	1.537	29	1.283	24
- Erhaltene Anzahlungen	150	4	405	9	666	13	934	18
- Verbindlichkeiten	592	18	499	11	750	14	1.196	22
- Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.014	30	1.852	40	1.595	31	1.246	23

*) Die passiven Sonderposten nehmen eine Sonderstellung ein. Sie besitzen sowohl Eigenkapital- als auch Fremdkapitalcharakter. Dieser Sonderposten stellt ein Korrekturposten zum Anlagevermögen und damit kein frei verfügbares Kapital für die Gesellschaft dar. Daher findet eine Umgruppierung in das Fremdkapital statt.

2.2.3.4 Vermögenslage, Kapitalstruktur, Kapitalausstattung

Die wichtigsten Bilanzpositionen entwickelten sich wie folgt:

Vermögenspositionen	2007 (T Euro)	2008 (T Euro)	2009 (T Euro)	2010 (T Euro)	2011 (T Euro)
Bilanzsumme	3.015,60	3.378,30	4.587,00	5.232,40	5.357,80
Klassische Gesellschafterbeiträge	5.203,20	5.171,00	5.671,00	6.421,10	6.956,40
Anlagevermögen	276,6	376,2	371,7	370	385,1
Kundenforderungen	305,9	186,5	182,6	421	208,8
Liquide Mittel	2.220,70	2.262,00	3.211,00	3.479,00	3.465,10

2.2.3.5 Chancen- und Risikomanagement

Chancen der VBB GmbH:

Der ÖPNV-Mobilitätsmarkt entwickelt sich seit Jahren sehr dynamisch. Auch in der Hauptstadtregion liegt der Wandel im Spannungsfeld zwischen Daseinsvorsorge, Kostendruck und Qualitätsanspruch. Hinzu kommen weitere Einflüsse, etwa der aus europa- und bundesrechtlichen Gesetzgebungen bzw. Rechtsprechungen herbeigeführte Zwang zur wettbewerblichen Vergabe im Schienenpersonennahverkehr. Die VBB GmbH hat mit den bisher durchgeführten Ausschreibungen und dem Management der Verkehrsverträge gezeigt, dass sie dieser neuen Entwicklung erfolgreich begegnen kann. Sie hat über Jahre hinweg professionelles Wissen aufgebaut, das tagtäglich zum Nutzen der Gesellschafter und Fahrgäste zur Anwendung kommt.

Die Chancen der VBB GmbH steigen, wenn es ihr gelingt, sich mit guter Qualität in der öffentlichen Debatte und gegenüber den Gesellschaftern weiterhin als der ÖPNV-Dienstleister der Hauptstadtregion zu etablieren. Für die Gesellschaft bedeutet dies, das Vertrauen in ihre Arbeit zu stärken, bisherige Entwicklungen erfolgreich weiterzuführen und neue Aufgaben mutig anzugehen.

Die VBB GmbH und die Gemeinschaft der Verkehrsunternehmen sind als Verkehrsverbund, der das ÖPNV-System in Berlin-Brandenburg repräsentiert, immer im Ganzen zu betrachten. Bedauerlicherweise tritt der Verbund als Summe seiner Teile bislang gegenüber den Fahrgästen und denjenigen, die es potenziell werden können, nicht einheitlich auf. Dies führt zu Irritationen bei den Kundinnen und Kunden, die das Projekt ÖPNV in seiner Gesamterscheinung schwächen. Das Potenzial der VBB GmbH für eine Stärkung des einheitlichen Verbundauftritts ist enorm, kann jedoch nur im Einvernehmen mit den Gesellschaftern gehoben werden.

Ein Vorteil der Gesellschaft ist ihre verkehrsmittelübergreifende und neutrale Arbeit, die dem Kundenwohl verpflichtet ist. Das Ziel, mehr und zufriedene Fahrgäste zu gewinnen und die Interessen der Aufgabenträger bei den Verkehrsunternehmen durchzusetzen, ist im Sinne der Gesellschafter und kann in dieser Form in den wesentlichen Teilen von der VBB GmbH erreicht werden: Sie verbindet Berlin und Brandenburg genauso wie Bus-, Straßen-, U-, S- und Regionalbahn. Die gesamtheitliche Betrachtung ist ihr Alleinstellungsmerkmal. Es bestehen daher Entwicklungsmöglichkeiten für die Gesellschaft in beinahe allen Themenkreisen, durch die zunehmende Bedeutung der Verkehrsverträge, der Fahrgastinformation und des 2012 weiter einzuführenden elektronischen Fahrscheins. Durch den schrittweisen Umstieg auf diesen neuen Vertriebsweg und die dahinterliegenden Soft- und Hardwaresysteme werden die Verkehrsunternehmen untereinander sowie die Verkehrsunternehmen mit dem Verbund noch enger miteinander verknüpft.

Für das Selbstverständnis der Verbundgesellschaft ist die Erkenntnis elementar, dass aus Sicht der Kunden der Fahrpreis nicht die alles entscheidende Größe ist. Qualität und Verlässlichkeit stehen für sie im Zentrum. Dieser Aspekt umfasst vor allem Fahrplandichte, Pünktlichkeit, Service, Sauberkeit, Sicherheit und Umweltverträglichkeit. Hier konnte die Gesellschaft durch ihre Arbeit auf bemerkenswerte Verbesserungen im Nahverkehr hinwirken.

Die Schienenverkehre über die Grenze nach Polen sind ein weiteres strategisches Thema für die VBB GmbH. Ziel ist es hier weiterhin, eines Tages attraktive Verbindungen anbieten zu können, bei denen der Fahrgast nicht merkt, dass er eine internationale Grenze überschreitet. Erfolge wurden in einigen Bereichen bereits erzielt. Je intensiver die Bundesregierung zu ihrer Verpflichtung zum Erhalt und Ausbau der Schieneninfrastruktur steht, desto schneller können die großen Potenziale zur wirtschaftlichen Entwicklung der Hauptstadtregion gehoben werden.

Die SPNV-Unternehmen, die Leistungen nach Ausschreibungsverfahren gewonnen haben, erhalten sogenannte Bruttoverträge. Das Einnahmerisiko liegt mit diesen Bruttoverträgen bei den Ländern. Somit ist es Aufgabe der Länder – und damit der VBB GmbH -, im Zusammenspiel mit den SPNV-Unternehmen die Einnahmen zu sichern und zu erhöhen.

Die VBB GmbH begleitet und gestaltet weiterhin den Wettbewerb: Die Bedeutung der wettbewerblichen Vergabe von SPNV-Leistungen wird auch in den nächsten Jahren hoch sein. Bis zum Jahr 2014 sollen alle Linien des Regionalverkehrs wettbewerblich vergeben sein; zu diesem Jahr stehen auch wieder die Neuvergaben der ersten im Wettbewerb vergebenen Linien bzw. Teilnetze an. Für die VBB GmbH bedeutet dies ein festes Aufgabenspektrum von der Vergabe bis zum Controlling dieser Ausschreibungsleistungen.

Die VBB ist jederzeit in der Lage, ihre Expertise auch für die Vergabe von S-Bahn-Leistungen einzusetzen. Sie hat hierzu im Auftrag der Länder bereits die Vorbereitungen für ein Ausschreibungsverfahren getroffen.

Das Berichtswesen nach EU-Verordnung 1370/2007 für das Jahr 2010 wurde in die Qualitätsbilanz 2010 integriert und Ende Juli 2011 vom VBB veröffentlicht. In dieser Aufstellung befinden sich auch Leistungsdaten für die Berliner Verkehrsbetriebe. Ein Ziel ist es, eine einheitliche Bilanz für alle Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen zu erstellen.

Eine weitere Chance der VBB GmbH besteht in der Nutzung der sogenannten Sozialen Medien. Durch die Entwicklung der Technik bei der ortsungebundenen Information wurde in den letzten Jahren bereits eine Revolution im Sinne der Fahrgäste vollzogen, die mittelfristig alle flächendeckend erreichen wird. Der Fahrscheinvertrieb über mobile netzfähige Medien ist ebenfalls bereits Realität, wird jedoch – je nach Region – noch einige Zeit bis zur Marktabdeckung brauchen. Der konsequente Schritt in dieser Abfolge der elektronischen Neuerungen sind die erwähnten Sozialen Medien, die in anderen Bereichen und bestimmten Bevölkerungsgruppen eine wesentliche Rolle einnehmen. Der ÖPNV und damit die VBB GmbH wird möglichst bald diese Entwicklung berücksichtigen müssen.

Risiken aus Gesetzgebung und Maßnahmen des Bundes:

Die Revision der Regionalisierungsmittel durch den Bund könnte auch für die VBB GmbH signifikante Folgen haben. Alle Akteure müssen im Entscheidungsprozess und danach entsprechende Vorbereitungen treffen.

2.2.3.6 Prognose

Die Darstellung erfolgt im Punkt 2.2.4 Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens.

2.2.4 Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens (§ 61 Nr. 3 KomHKV)**2.2.4.1 Wirtschaftsplan 2012 in TEUR**

1. Erfolgsplan	
Erträge	1.124,9
Aufwendungen	10.645,4
Jahresgewinn/-verlust	-9.520,5
Gesellschafterbeiträge gesamt	9.520,5
<u>Jahresfehlbetrag</u>	0
2. Vermögensplan	
Einnahmen	82,7
Ausgaben	82,7
3. Kreditwirtschaft	
Kreditaufnahme im Geschäftsjahr	0
Kredittilgung im Geschäftsjahr	0
Gesamtbetrag der Kredite	0
Kontokorrentkredit Höchstbetrag	k. A.

2.2.4.2 PrognoseEntwicklung der VBB GmbH:

Der Aufsichtsrat hat am 10. März 2011 den Wirtschaftsplan 2012 beschlossen. Somit besteht Planungssicherheit für die finanzielle Ausstattung der VBB GmbH.

Im Zuge der wettbewerblichen Vergabe von Verkehrsleistungen bestehen höhere Anforderungen an das Vertragscontrolling, insbesondere bei den Bruttoanreizverträgen der ertragsstarken RE-Linien, bei denen das Einnahmenrisiko auf die Aufgabenträger übergeht. Vertriebskonzepte müssen parallel zu den Ausschreibungen entwickelt und anschließend in ihrer Umsetzung überwacht werden und fortgeschrieben werden.

Themenschwerpunkte für die kommenden Jahre werden weiterhin in erster Linie sein:

- Fahrgastinformation: moderne und marktgerechte Systeme und individualisierte Informationen für jedermann, von zu Hause oder unterwegs, in Echtzeit, verknüpft mit allen Verkehrsunternehmen und wichtigen Institutionen.
- Neue Wege im Tarif und Vertrieb: Einführung des elektronischen Ticketings sowie des Fahrausweiserwerbes über internetfähige Endgeräte und erste Schritte für einen elektronischen Tarif.

- Intensivierung der regionalen Verkehrsplanung in Abstimmung mit den Aufgabenträgern.
- Entwicklung der Zukunftsmärkte zwischen Berlin-Brandenburg und Westpolen in jeder Hinsicht (Tarif, Information, Infrastruktur, Qualität).
- VBB GmbH als erster Ansprechpartner für Verkehrsunternehmen und Aufgabenträger für neue Konzepte, Strategien und Umsetzungen zu ÖPNV-Fragen.
- Weitere Erfolge im Infrastrukturmanagement.
- Neue Konzepte in Bezug auf die immer wichtiger werdenden sozialen Medien.
- Antworten auf die immer stärker auftretenden Fragen zu Umweltschutz, Energieeinsparungen und Nachhaltigkeit.
- Weiterentwicklung von Sicherheitskonzepten, die verkehrsmittel- sowie aufgabenträgerübergreifend sind.
- ÖV-Netz-Entwicklung im Verkehrsverbund.

Ausblick:

Großer Handlungsbedarf besteht aus Sicht der VBB GmbH bei folgenden Punkten:

- Entscheidung bei der Berliner S-Bahn: Nach Jahren einer katastrophalen Entwicklung steht die VBB GmbH bereit, die Teilausschreibungen der Berliner S-Bahn und das entsprechende Vertragsmanagement durchzuführen.
- Fortentwicklung des einheitlichen Verbundauftritts bei der Fahrgastinformation und bei den Netzoberflächen.
- Zukunft des Centers Nahverkehr Berlin.
- Qualitätsverbesserung der Stationen: Diese liegen in der Verantwortung des Bundes, so dass die Gesellschafter der VBB GmbH nicht unmittelbar agieren können. Die VBB GmbH wird dennoch weiterhin versuchen, durch kontinuierliche Qualitätsmessung und öffentlichen Druck die DB-Infrastrukturgesellschaften und die Bundesregierung unter Handlungsdruck zu setzen und Lösungswege aufzuzeigen.
- Ein zentraler Aspekt ist die Qualität des in Berlin und Brandenburg angebotenen Nahverkehrs. Die Angebotsqualität (Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Service) des Gesamtsystems weist weiterhin sehr großen Handlungsbedarf auf. Sie ist die entscheidende Stellschraube, um weitere Fahrgäste zu gewinnen.

2.2.5 Leistungs- und Finanzbeziehungen mit der Gemeinde zum Stand 31.12.2011 (§ 61 Nr. 4 KomHKV)

2.2.5.1 Kapitalzuführungen und –entnahmen

keine

2.2.5.2 Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche

Keine

2.2.5.3 gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen

keine

2.2.5.4 sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar ausgewirkt haben

Zur Finanzierung des ÖPNV bestanden verschiedene Finanzbeziehungen zwischen dem Landkreis Uckermark und der UVG, dem VBB und Nachbarkreisen. Die Finanzierungen waren teilweise durch Fördermittel von Dritten (Land Brandenburg, kreisangehörige Gemeinden) gedeckt. Zum besseren Verständnis sind alle Finanzbeziehungen in nachfolgender Darstellung zusammengefasst.

Im Saldo wird der Kreishaushalt durch die Finanzierungen im Öffentlichen Personennahverkehr mit 2.430,9 TEUR belastet.

Sonstige finanzielle Beziehungen mit Auswirkung auf den Haushalt des Landkreis in TEUR					
	Förderung von				
	Bahn- ersatz- verkehr	ermäßigte Schulfahr- ausweise	Zusätzliche Stadtbus- leistungen	kreisüber- schreitende Buslinien	ÖPNV allgemein
Einnahmen von Dritten zur Förderung des ÖPNV	159,3	2.913,4	77,2	186,6	3.141,4
Ausgaben zur Förderung des ÖPNV an					
UVG	159,3	2.913,4	77,2	147,4	5.507,5
VBB	0,0	0,0	0,0		64,8
Andere Landkreise				39,2	
Saldo - Finanzierung aus dem Kreishaushalt	0,0	0,0	0,0	0,0	2.430,9

2.2.5.5 Leistungen und Finanzbeziehungen mit anderen Beteiligungen zum Stand 31.12.2011

keine

2.2.6 Wirtschaftsprüfung

2.2.6.1 Abschlussprüfer

WIKOM AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Frau Lanfermann – Wirtschaftsprüferin
Herr Bottner – Wirtschaftsprüfer

2.2.6.2 Ergebnis der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

2.2.6.3 Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Fehlbetrages

Ein Jahresüberschuss von TEUR 0 wurde ausgewiesen.

2.2.6.4 Testat

Es wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

2.2.7 Weitere Informationen

2.2.7.1 Bilanz

Bilanz im 3-Jahresvergleich			
Aktiva	2011 in €	2010 in €	2009 in €
A Anlagevermögen	385.063	370.023	371.680
B Umlaufvermögen	4.913.925	4.806.386	4.185.093
C Rechnungsabgrenzungsposten	58.851	55.990	30.195
Bilanzsumme	5.357.839	5.232.399	4.586.968
Passiva			
A Eigenkapital	324.000	324.000	324.000
B Sonderposten Investitionszuschüsse zum AV	25.146	22.447	37.364
C Rückstellungen	1.282.787	1.536.532	1.145.086
D Verbindlichkeiten	3.376.096	3.001.145	2.755.452
E Gesellschafterbeiträge zur Finanz. des AV	349.810	337.469	325.066
F Rechnungsabgrenzungsposten	0	10.807	
Bilanzsumme	5.357.839	5.221.593	4.586.968

2.2.7.2 Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung im 3-Jahresvergleich			
GuV- Position Werte in EUR	2011 in €	2010 in €	2009 in €
1. Umsatzerlöse	683.543	1.119.808	985.042
2. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	274.135	229.914	204.723
4. Zinsen und ähnliche Erträge	82.705	34.040	48.313
5. Sonstige betriebliche Erträge	11.505.813	10.503.195	8.895.243
6. außerordentliche Erträge	0	6.463	
Erträge	12.546.195	11.893.419	10.133.320
7. Materialaufwand	531.271	770.757	792.388
8. Personalaufwand	4.782.916	5.053.698	4.286.150
9. Abschreibungen	143.635	196.823	111.580
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.070.568	5.840.245	4.942.622
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	16.986	31.137	0
Aufwendungen	12.545.376	11.892.660	10.132.741
12. Steuern	819	759	579
Jahresüberschuss/- fehlbetrag	0	0	0

2.5 Gesellschaft für Leben und Gesundheit mbH



2.5.2 Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

Kennzahlen im 3-Jahresvergleich			
	2011	2010	2009
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a)			
Anlagenintensität	84%	87%	95%
Verbindlichkeitsquote	15%	12%	6%
Eigenkapitalquote	83%	86%	92%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b)			
Anlagendeckung I	99%	98%	97%
Zinsaufwandsquote	0%	0%	0%
Abschreibungsaufwandsquote	0%	1%	1%
Liquidität II. Grades	117%	121%	173%
Cash Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	367	204	-227
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c)			
Gesamtrentabilität	1%	1%	1%
Eigenkapitalrentabilität	1%	1%	1%
Kostendeckungsgrad	101%	101%	102%
Umsatz in TEUR	20.741	10.834	8.336
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag in TEUR	178	131	130
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d)			
Personalaufwandsquote	40%	72%	81%
Personalintensität	39%	71%	81%
Anzahl der Mitarbeiter	202	187	154

2.5.3 Verkürzter Lagebericht zum 31.12.2011 (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

2.5.3.1 Geschäft und Rahmenbedingungen

In den Fachbereichen der GLG-Gesundheitseinrichtungen wurden im Geschäftsjahr 2011 mehr als 100.000 Patienten stationär und ambulant versorgt. Das Unternehmen beschäftigt 2.466 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 146 Auszubildende und etwa 150 Ärzte in Weiterbildung. Damit ist die GLG der größte Arbeitgeber in der Region. Jährlich werden neue Arbeitsplätze geschaffen.

Die medizinische Versorgung der Zukunft braucht als Basis einen gut ausgebildeten Fachkräftenachwuchs. Die GLG verfolgt hier eine langfristig angelegte Strategie. Dazu gehört die Vergabe des GLG-Stipendiums, die Ausbildung auf höchstem Niveau und der ständige Austausch durch Fort- und Weiterbildung.

Zum Jahresbeginn 2011 gab es einen Wechsel in gleich mehreren Leitungspositionen im Unternehmensverbund der GLG. Der langjährige Chefarzt der Frauenklinik Dr. Ulrich Bartel ging in den Ruhestand und hat die Leitung der Klinik an Herrn Dr. Thomas Michel übergeben. Sein Kollege aus Prenzlau Chefarzt Dr. Ulrich Witzsch ging ebenfalls in den Ruhestand, diese Stelle wurde nicht wieder neu besetzt.

Die Verwaltungsleitung im Kreiskrankenhaus Prenzlau hat Herr Detlef Lischka zum 01.01.2011 an Frau Christiane Reinefeldt übergeben, die zudem seit 2006 Pflegedirektorin der GLG ist.

Seit Januar ist die GLG eines der sieben Gründungsmitglieder im „damus-Verein für Gesundheit und Leben Nordostbrandenburg e.V.“. Eines der gemeinsamen Ziele der Vereinsmitglieder ist die Verbesserung der Gesundheitsvorsorgung in der Region, konkret die Förderung innovativer gesundheitsbezogener Aktivitäten.

Im Februar 2011 erhält die GLG Ambulante Pflege- und Service GmbH die offizielle Urkunde für die bestandene Zertifizierung nach DIN EN ISO 9001:2008. Dieses Dokument bescheinigt, dass das Unternehmen den Prüfkriterien voll gerecht wird und nach höchsten Fachstandards und Qualitätsvorgaben arbeitet. Mit dieser Zertifizierung wurde hohe Kompetenz in der ambulanten Palliativversorgung und in der onkologischen Krankenpflege anerkannt.

Die Arztpraxen der MEG Medizinische Einrichtungs-GmbH Eberswalde haben sich Anfang des Jahres ebenfalls der Qualitätsprüfung nach DIN EN ISO 9001:2008 unterzogen und verfügen seit März 2011 über das Zertifikat, das die Erfüllung anspruchsvoller Kriterien bescheinigt.

Im März 2011 wurde das Stipendienprogramm der GLG vom Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg als „Demographie-Beispiel des Monats“ ausgezeichnet. Seit mehreren Jahren vergibt das Unternehmen Stipendien an Medizinstudenten aus der Region, die dann nach ihrem absolvierten Studium als Arzt oder Ärztin bei der GLG arbeiten.

Die Augenklinik am Werner Forßmann Krankenhaus hat seit April 2011 einen neuen Chefarzt. Taniel Kotiasvili, langjähriger Oberarzt der Klinik, löste Herrn Dr. Hans-Gernot Schäfer ab.

Im Juni 2011 feierte das Krankenhaus Angermünde sein 115-jähriges Bestehen.

Im Kreiskrankenhaus Prenzlau konnte im Juni 2011 das Zentrum für plastisch-ästhetische Chirurgie mit einem breiten Spektrum der Schönheitschirurgie seine Tore öffnen.

Nach umfangreichen Umbaumaßnahmen konnte Mitte des Jahres 2011 die neue biplanare Angiographieanlage am Standort Werner Forßmann Krankenhaus in Betrieb genommen werden. Hochaufgelöste Bilder in 3 D sorgen in der Klinik für Radiologie und Neuroradiologie für detailgenaue Untersuchungsergebnisse und ermöglichen außergewöhnliche Operationen.

Ein Kooperationsvertrag zwischen dem Berliner Vivantes Klinikum Neukölln und der Klinikum Barnim GmbH regelt die gemeinsame Versorgung von Patienten im Bereich der Thoraxchirurgie. Die Experten aus Berlin und Eberswalde bieten gemeinsam landesübergreifend eine hochwertige medizinische Versorgung von Lungentumorpatienten auf Spitzenniveau in wohnortnaher Umgebung.

Ärzte der GLG Krankenhäuser waren kompetente Ansprechpartner, als im August 2011 das Aktionsbündnis BARUM seinen Informationsservice im Bereich Darmkrebsvorsorge startet. Unter dem Motto „Reinschauen lohnt sich“ wurden in den Städten der Region spezielle Beratungsleistungen zur Darmgesundheit angeboten.

Die Kinderklinik des Werner Forßmann Krankenhauses besteht seit dem Jahr 1961 und feierte im September 2011 ihren 50. Geburtstag.

Um dem prognostizierten Fachkräftemangel im ärztlichen sowie pflegerischen Bereich entgegen zu wirken, wirbt die GLG um qualifizierte Verstärkung weit über die Bundesgrenzen hinaus und beschäftigt bereits seit Anfang 2011 erfahrene Fachkräfte aus dem Baltikum in den eigenen Krankenhäusern des Unternehmensverbundes.

Nach umfangreichen Umbaumaßnahmen kann ab Oktober 2011 die Stroke Unit, eine Abteilung der Neurologie der Martin Gropius Krankenhaus GmbH, am Standort der Klinikum Barnim GmbH eine flächendeckende Spezialversorgung von Schlaganfallpatienten ermöglichen, Gleichzeitig wurde von der Deutschen Schlaganfallgesellschaft das Zertifikat einer überregionalen Stroke Unit ausgestellt.

Um auch zukünftig den hohen Anforderungen und Bedürfnissen der ambulanten Patienten Rechnung zu tragen ist es notwendig, dass die Medizinische Einrichtungs-GmbH (MEG), die im Jahr 2011 ihr 20jähriges Jubiläum feiern konnte, weitere Standorte in der Region nutzt. So wird die MEG zukünftig als Träger GmbH ihre Leistungen in drei Medizinischen Versorgungszentren erbringen. Bereits im Dezember des Berichtsjahres wurde in Finowfurt ein neues Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) unter der Trägerschaft der MEG eröffnet. Drei Fachärzte stehen den Patienten zur Verfügung.

2.5.3.2 Ertragslage

Die GLG erhält für Ihre Leistungen nach dem Betriebsführungsvertrag in Anlehnung an die Leitsätze für die Preisermittlung (LSP) auf Grund von Selbstkosten ein jährliches Entgelt.

Die Aufwendungen des Profi-Centers Logistik der GLG werden im Umlageverfahren an die Tochter- und Enkelgesellschaften weiterberechnet. Die Umlage wird jeweils so bemessen, dass lediglich eine Berechnung der entstandenen Kosten zuzüglich eines geringen Gewinnaufschlages erfolgt und somit maßgeblich das Spartenergebnis prägt.

Die in den betrieblichen Erträgen ausgewiesenen Umlagen werden auf der Grundlage von Betriebsführungsverträgen und Warenlieferverträgen erzielt. Diesen betrieblichen Erträgen in Höhe von 21.240,8 T€ (Vorjahr 11.057,5 T€) stehen betriebliche Aufwendungen in Höhe von 21.027,3 T€ (Vorjahr 10.896,0 T€) gegenüber.

Die Veränderungen zum Vorjahr ergaben sich im Wesentlichen aus Veränderungen im personellen Bereich, die durch weitere Zentralisierung der Verwaltungsabteilungen, dem Wirtschafts- und Versorgungsdienst sowie dem Technischen Dienst und dem Bereich des Leistungs- und Patientenmanagement begründet sind. Ein weiterer wesentlicher Bestandteil der Veränderungen ist die ganzjährige Bewirtschaftung des Logistikzentrums.

2.5.3.3 Finanzlage

Cashflow I (Cashflow i.e.S.)

Jahresüberschuss	178,2 T€ (Vorjahr 130,8 T€)
Abschreibungen auf Sachanlagen	95,6 T€ (Vorjahr 68,3 T€)

Im laufenden Geschäftsjahr konnte ein Zufluss an liquiden Mitteln in Höhe von 273,8 T€ (Vorjahr 199,1 T€) aus dem Cashflow i. e. S. erwirtschaftet werden.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war jederzeit gegeben.

2.5.3.4 Vermögenslage

Die Bilanzsumme der GLG in Höhe von 20.519,3 T€ (Vorjahr 19.701,3 T€) ist maßgeblich vom Finanzanlagevermögen geprägt. Insofern fallen 82,4 % (Vorjahr 85,8 %) des Gesamtvermögens auf Finanzanlagen. Die Zugänge beim Anlagevermögen beruhen auf dem Kauf von Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen für die Unternehmenszentrale sowie der Einrichtungen von Fahrradparkanlagen.

Das Anlagevermögen von 17.242,5 T€ (Vorjahr 17.217,0 T€) ist vollständig durch die langfristig verfügbaren Eigen- und Fremdmittel von 17.920 T€ (Vorjahr 17.829 T€) gedeckt. Die Eigenkapitalquote ist positiv und beträgt 83 % nach 86 % im Vorjahr.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft ist geordnet.

2.5.3.5 Risiko- und Prognosebericht

Die Darstellung erfolgt im Punkt 2.5.4 Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens.

2.5.4 Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens (§ 61 Nr. 3 KomHKV)

2.5.4.1 Wirtschaftplan 2012 in TEUR

1. Erfolgsplan	
Erträge	21.318,3
Aufwendungen	20.997,1
Jahresgewinn/-verlust	321,3
Ausgleichszahlung für die Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen	0
Jahresfehlbetrag	0
2. Vermögensplan	
Einnahmen	135,1
Ausgaben	135,1
3. Kreditwirtschaft	
Kreditaufnahme im Geschäftsjahr	k. A.
Kredittilgung im Geschäftsjahr	k. A.
Gesamtbetrag der Kredite	k. A.
Kontokorrentkredit Höchstbetrag	k. A.

2.5.4.2 Risikobericht

Ziel der Gesellschaft ist es, durch regelmäßige Beobachtung der Betriebsrisiken und durch Wahl geeigneter Methoden die wesentlichen Risiken rechtzeitig zu erkennen und zu minimieren. Zu diesem Zweck wurde durch die GLG Gesellschaft für Leben und Gesundheit mbH ein zentrales Projekt zur Einführung eines unternehmensweiten, frühwarnindikatorenbasierten Risikofrüherkennungs- und -überwachungssystems initiiert. Für das Risikomanagement wurde eine Aufbau- und Ablauforganisation definiert, die in einem Risikomanagementhandbuch verbindlich niedergelegt wurde. So wird sichergestellt, dass auf negative Entwicklungen frühzeitig reagiert werden kann.

Dies wird darüber hinaus maßgeblich durch ein monatliches Berichtswesen, das die Leistungs-, Erlös- und Kostenentwicklung sowohl im Vorjahres- als auch im Planvergleich darstellt, unterstützt. Des Weiteren wurde im Jahr 2011 eine Arbeitsgruppe zum Risikomanagement weiter ausgebaut, die sich aus der Geschäftsführung sowie den Abteilungsleitern der GLG zusammensetzt. Hier werden insbesondere die unternehmensübergreifenden Bereiche Compliance, Risikomanagement, Steuer & Recht, IT, Finanzen & Controlling, Personal, Leistungs-

und Patientenmanagement, Einkauf, Investitionen & Finanzierung sowie Interne Revision thematisiert und diesbezüglich Risiken kritisch hinterfragt.

Die Koordination der vorgenannten Maßnahmen zum Risikomanagement im Unternehmensverbund liegt in der Verantwortung des Abteilungsleiters Controlling der GLG.

In der Klinikum Barnim GmbH wurde im Vorjahr ein strukturiertes Risikomanagement zur Erkennung von Beinahefehlern (CIRS) etabliert. Bekannte Risiken, Beinahefehler sowie kritische Situationen werden durch das CIRS Auswertungsteam umfassend ausgewertet und entsprechende Maßnahmen zur Minimierung abgeleitet.

Bei der Fallzahlentwicklung sowie der Leistungsentwicklung in den Krankenhäusern Werner Forßmann Krankenhaus, Krankenhaus Angermünde und Martin Gropius Krankenhaus wird insgesamt ein positiver Trend verzeichnet. Für das Krankenhaus Prenzlau werden weiter entsprechende Strategien entwickelt, die einem Rückgang der stationären und ambulanten Leistungen entgegen wirken. So konnte mit der Besetzung der Chefarztstellen der Chirurgischen Klinik und der Inneren Medizin im Jahr 2010 das Leistungsspektrum erweitert werden.

Zusätzlich werden innerhalb des Unternehmensverbundes neue Geschäftsfelder erschlossen.

Ein weiterer Bestandteil des Risikomanagements bildet der Versicherungsbereich, durch den bedeutende Risiken wie Brand, Betriebsunterbrechung, Haftung und Schadenersatzansprüche zentral abgesichert werden. Wie auch schon in den Vorjahren findet halbjährlich eine Beratung zwischen der GLG und den beauftragten Versicherungsmaklern statt. Hier erfolgen eine Prüfung des Sach- und Haftpflichtversicherungsschutzes sowie eine Analyse aufgetretener Schadensfälle. Darüber hinaus wird zur Vervollständigung dieses Systems der Gesamtversicherungsschutz einer externen Prüfung durch Sachverständige unterzogen.

Wesentliche bestandsgefährdende Risiken sind zum Zeitpunkt der Berichterstattung nicht erkennbar.

2.5.4.3 Prognosebericht

Die Gesellschafter der GLG, die Landkreise Barnim und Uckermark und die Stadt Eberswalde verbinden mit ihrer zentralen Aufgabe die Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung und die weitere Verbesserung des Gesundheitsangebotes.

Wie gewohnt setzt die GLG auch im Jahr 2012 auf volle Transparenz ihrer Ziele und Vorhaben. Für die Jahre 2012 und 2013 erwarten wir wiederum positive Jahresergebnisse.

Besonderen Einfluss auf die geplante Steigerung der Erlöse aus Krankenausleistungen in der Klinikum Barnim GmbH hat die Implementierung der Elektrophysiologie als Teilbereich der Medizinischen Klinik III. Zudem wird nach dem positiven Ausgang der Schiedsstellenverhandlung am 26.09.2011 bezüglich der

Thoraxchirurgie von einer weiteren Etablierung dieses Leistungsangebotes ausgegangen.

Weiterhin geht die GLG davon aus, dass mit der Einhaltung und Umsetzung des beschlossenen Sanierungskonzeptes der Standort Prenzlau wirtschaftlich stabilisiert werden kann.

Die GLG Gesellschaft für Leben und Gesundheit mbH beabsichtigt den Erwerb der AHG-Klinik Wolletzsee, einem verhaltensmedizinischen Rehabilitationszentrum mit den Fachbereichen Neurologie, Kardiologie und Angiologie von der Fachklinik Wolletzsee AHG Allgemeine Hospitalgesellschaft mbH & Co. KG.

Der Erwerb soll im Wege eines asset-deals durch den Erwerb der betriebsnotwendigen Vermögensgegenstände dieser Klinik durch eine neu gegründete GmbH unter der Firma „GLG Fachklinik Wolletzsee GmbH“ erfolgen.

Die Finanzierung des Kaufpreises für den Erwerb der AHG-Klinik Wolletzsee soll durch Aufnahme eines Darlehens durch die GLG Fachklinik Wolletzsee GmbH sowie durch die Gewährung von Darlehen mit Rangrücktrittvereinbarung seitens der Klinikum Barnim GmbH an die GLG Fachklinik Wolletzsee GmbH erfolgen.

Zu den nächsten größeren Vorhaben der GLG gehört unter anderem auch der Ausbau der Telemedizin.

Für die Häuser 2 und 3 der Klinikum Barnim GmbH, Werner Forßmann Krankenhaus wird im Jahr 2012 die Dach- und Fassadensanierung abgeschlossen.

Die GLG Krankenhäuser setzen auf die vernetzte und umfassende Behandlung der Patienten und auf deren aktive Mitwirkung an der Therapie im Sinne einer gezielten Gesundheitsförderung. Zukunftsweisende Ideen für eine verstärkte Ausrichtung der Krankenhäuser auf die Gesundheitsförderung entwickelt die GLG unter anderem im Rahmen ihrer Mitgliedschaft im Deutschen Netz Gesundheitsfördernder Krankenhäuser. Dazu gehören auch Gesundheitsförderung der Mitarbeiter sowie die Schaffung familienfreundlicher Arbeitsplätze.

In den Geschäftsjahren 2012 und 2013 rechnet die Gesellschaft mit einem konstanten Jahresergebnis auf dem Niveau von 2011.

Durch die Geschäftsführung wurde eine Zielplanung aller Krankenhausstandorte für das Geschäftsjahr 2012 unter Berücksichtigung der Fortschreibung der Krankenhausplanung des Landes Brandenburg im Jahr 2013 erarbeitet.

2.5.5 Leistungs- und Finanzbeziehungen mit der Gemeinde zum Stand 31.12.2011 (§ 61 Nr. 4 KomHKV)

2.5.5.1 Kapitalzuführungen und –entnahmen

Keine

2.5.5.2 Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche

keine

2.5.5.3 gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen

Am 27. Juli 2007 erteilte der Landkreis Uckermark als Grundstückseigentümer seine Zustimmung zur anschließend erfolgten Eintragung einer Grundschuld von 6.911.438,00 € zugunsten des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie am Erbbaurecht der Medizinisch-Soziales Zentrum Uckermark gGmbH (Tochterunternehmen der GLG). Die Grundschuld war Bedingung für die Förderung des Landes Brandenburg zur Sanierung des Krankenhauses Prenzlau.

2.5.5.4 sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar ausgewirkt haben

keine

2.5.5.5 Leistungen und Finanzbeziehungen mit anderen Beteiligungen zum Stand 31.12.2011

Die GLG mbH ist als Holding-Mutter Dienstleister für die Tochter-Gesellschaften. Dementsprechend spiegeln die nachfolgend dargestellten Daten die Leistungen und Finanzbeziehungen mit den verbundenen Beteiligungen wieder.

2.5.6 Wirtschaftsprüfung

2.5.6.1 Abschlussprüfer

Dr. Heilmaier & Partner GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Herr Dipl.-Kfm. Nauen
Wirtschaftsprüfer
Herr Dipl.-Kfm. Tonn
Wirtschaftsprüfer

2.5.6.2 Ergebnis der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

2.5.6.3 Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Fehlbetrages

Ein Jahresüberschuss von 178,2 T€ wurde ausgewiesen.

2.5.6.4 Testat

Es wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

2.5.7 Weitere Informationen

2.5.7.1 Bilanz

Bilanz im 3-Jahresvergleich			
Aktiva	2011 in TEUR	2010 in TEUR	2009 in TEUR
A Anlagevermögen	17.242	17.217	17.183
B. Umlaufvermögen	3.270	2.478	923
C. Rechnungsabgrenzungsposten	7	6	14
Bilanzsumme	20.519	19.701	18.120
Passiva			
A. Eigenkapital	17.037	16.859	16.729
B. Sonderposten Investitionszuschüsse zum AV	0	0	0
C. Rückstellungen	420	404	220
D. Verbindlichkeiten	3.062	2.438	1.172
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	20.519	19.701	18.120

2.5.7.2 Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung im 3-Jahresvergleich			
GuV- Position Werte in EUR	2011 in TEUR	2010 in TEUR	2009 in TEUR
1. Umsatzerlöse	20.741	10.834	8.336
2. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
4. Zinsen und ähnliche Erträge	2	1	1
5. Sonstige betriebliche Erträge	499	223	78
Erträge	21.242	11.058	8.416
6. Materialaufwand	10.069	1.060	0
7. Personalaufwand	8.203	7.768	6.733
8. Abschreibungen	96	68	50
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.620	1.967	1.476
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	39	34	26
Aufwendungen	21.027	10.897	8.284
11. Steuern	37	31	2
Jahresüberschuss/- fehlbetrag	178	131	130